



Aus dem (Noch-)Truppenübungsplatz Stegskopf soll ein "Nationales Naturerbe" werden. Die spannende Frage wird sein, ob damit überhaupt noch eine Nutzung infrage kommt, die nicht mit dem Naturschutz in Verbindung steht. Archivfoto: goeb

Ministerien bestätigen SZ-Bericht

Stegskopf soll sogar ein "Nationales Naturerbe" werden

Daaden. Nun ist es offiziell: Die Mainzer Landesregierung will den Stegskopf nicht nur als Naturschutzgebiet ausweisen, sondern zusätzlich den Status eines "Nationalen Naturerbes" beantragen.

thor - Die Informationen der Siegener Zeitung über den Truppenübungsplatz Stegskopf haben sich mehr als bestätigt: Das rheinland-pfälzische Umweltministerium hat bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord die Unterschutzstellung der 2000 Hektar großen Fläche als Naturschutzgebiet angeordnet. Und nicht nur das: "Gegenüber dem Bund wurde die Aufnahme in das Nationale Naturerbe vorgeschlagen", heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme von Umwelt- und Wirtschaftsministerium, die auf Nachfrage der SZ formuliert worden war.

Naturschutzflächen werden übertragen

Dieser Begriff ist in der Region nahezu unbekannt. Der Titel bzw. das Instrument des "Nationalen Naturerbes" war im Jahr 2000 von der damaligen Bundesregierung ins Leben gerufen worden. Die rot-grüne Koalition wollte damit erreichen, dass repräsentative Naturschutzflächen des Bundes unentgeltlich an die Länder, die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) oder Naturschutzorganisationen übertragen werden können, um die Ziele des Naturschutzes auf diesen Flächen besser durchsetzen zu können. Die Übertragung der Flächen erfolgt unentgeltlich und ist in der Regel an naturschutzfachliche Bewirtschaftungsauflagen gebunden. So wäre es denkbar, dass der Stegskopf bald in der Verantwortung des NABU liegt, der ein eigene Stiftung "Nationales Naturerbe" hat.

Unterschiedliche Nutzungsbelange prüfen

In der Stellungnahme der beiden Ministerien heißt es weiter: "In dem bevorstehenden Verfahren zur Unterschutzstellung muss geprüft werden, wie die unterschiedlichen Nutzungsbelange verträglich zueinander ausgestaltet werden. Angesichts der riesigen Fläche ist es durchaus denkbar, dass sich verschiedene Interessen - Naturschutz, Nutzung für Erneuerbare Energien, Interessen der Verbandsgemeinde und der politischen Akteure vor Ort - vereinbaren lassen."

Bürgermeister Schneider hat Bedenken

Eben daran mag Bürgermeister Wolfgang Schneider nicht so recht glauben: "Bei allem, was hier so blumenreich klingt, habe ich doch meine Zweifel, ob das so machbar sein wird." Sein Eindruck vielmehr: Durch ein Naturschutzgebiet - vor allem aber durch das "Nationale Naturerbe" - werden Pflöcke eingeschlagen, die andere Dinge unterbinden oder stark beeinträchtigen. Insofern sei die Botschaft der beiden Ministerien ein Stück weit widersprüchlich, meinte Schneider. Er will nun ein für Anfang Februar geplantes Gespräch mit Vertretern aus dem Innen- und dem Wirtschaftsministerium abwarten. An der Überzeugung des Bürgermeisters hat sich nichts geändert: Schneider pocht nach wie vor vehement auf die kommunale Selbstverwaltung und ist ansonsten der Überzeugung, dass sich auf dem Stegskopf alle Interessen miteinander vereinbaren lassen.

Zufriedenheit bei den BUND-Kreisgruppen

Während bei vielen Kommunalpolitikern aufgrund der Ankündigungen die Befürchtungen nun groß sind, dass sie vor vollendete Tatsachen gestellt werden, herrscht bei den Umweltschutzverbänden natürlich eine ganz andere Stimmung. Bereits am späten Mittwochabend reagierten die BUND-Kreisgruppen auf die Berichterstattung der SZ. "Wir gratulieren Frau Ministerin Ulrike Höfken zu diesem mutigen und richtigen Schritt und danken ihr dafür sehr herzlich. Mit diesem Schritt untermauert Frau Höfken die Bedeutung dieses hochwertigen europäischen Schutzgebietes für die Artenvielfalt, für sehr viele streng geschützte und besonders gefährdete Tier- und Pflanzenarten sowie für ein einzigartiges Landschaftsbild. Der Stegskopf ist das einzige nicht überplante Gebiet im Westerwald und von einem unschätzbar hohen ökologischen Wert. Von daher ist es richtig, so schnell als möglich eine Unterschutzstellung vorzunehmen, um unangemessenen Begehrlichkeiten zuvorzukommen. Wir werden uns auch weiterhin gemeinsam für dieses „ökologische Juwel“ einsetzen", schreiben Harry Neumann (WW) und Ernst-Gerhard Borowski (AK).

Siegener Zeitung/Altenkirchen - 13.01.2012 22:00